

Rede in der Bürgerschaft zum Antrag der SPD-Fraktion „Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen (Drs. 19/3282) (- es gilt das gesprochene Wort-)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Gewalt gegen Frauen ist eine Verletzung von Menschenrechten, mit der sich die Gesellschaft niemals abfinden darf.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten erreicht, dass diese Gewalt keine gesellschaftliches Tabu mehr ist.

Wir haben ein umfangreiches Hilfeangebot geschaffen, das Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, hilft.

Dennoch gibt es diese Gewalt nach wie vor und es sind viele, viele Frauen betroffen.

Allein die Zahl der sogenannten Wegweisungen in Hamburg verdeutlicht, dass die Gewalt nicht rückläufig ist.

Jedes Jahr werden zwischen 700 und 850 Männer von der Polizei nach erfolgter Gewaltausübung aus der Wohnung gewiesen.

Im ersten Halbjahr 2008 waren es 373 Wegweisungen.

Rund 800 Wegweisungen im Jahr, das sind weit über 60 Wegweisungen in jedem Monat und das heißt, dass die Hamburger Polizei mehr als zweimal am Tag zu diesem Mittel greifen muss, um akute Gewalt zu verhindern.

Die Anträge auf gerichtliche Schutzanweisungen nach dem Gewaltschutzgesetz in Hamburg sind von 240 im Jahr 2005 auf 322 bzw. 327 in den Jahren 2006 und 2007 gestiegen, die Zahlen für 2008 kennen wir noch nicht.

Daher müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen.

Die verdienstvolle Studie aus dem Bundesfamilienministerium, auf die meine Vorrednerinnen schon Bezug genommen haben, zeigt ebenfalls, dass es leider keinen Anlass gibt, mit der Hilfe für Frauen, die Opfer von Männergewalt werden, nachzulassen.

Diese Untersuchung identifiziert bestimmte Bevölkerungsgruppen, bei denen vorhandene Hilfeangebote bisher nicht richtig ankommen.

Da ist zum einen die Gruppe der Frauen mit einem niedrigen Bildungsniveau, die in hohem Maße Gewalt ausgesetzt sind und leider am wenigsten über mögliche Hilfsangebote wissen.

Das muss sich ändern.

Die zweite Gruppe ist diejenige der Frauen, die sehr gut wissen, dass es Hilfsangebote für sie gibt, jedoch aus Scham diese Hilfe nicht beanspruchen.

Niemand kann sich sicher sein, ob es nicht im eigenen Bekanntenkreis Frauen gibt, die ihr jahrelanges Gewaltmartyrium verheimlichen, weil es dem Bild einer modernen

Gesellschaft widerspricht und die Frauen häufig nach wie vor Schuld bei sich selbst suchen.

Auch hier muss unsere Gesellschaft deutlicher machen, dass Gewalt gegen Frauen unter keinen Umständen akzeptiert wird und die Täter verantwortlich sind, und nicht die Opfer.

Die dritten Gruppe sind ältere Frauen, die ebenfalls keinen Zugang zu vorhandenen Hilfsangeboten finden, weil sie sie nicht kennen.

Wir haben heute diesen Landesaktionsplan vorgelegt, weil wir der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mehr Nachdruck verleihen wollen. Wir wollen dass diese Gewalt abnimmt, und wir wollen die Hilfe für die Opfer verbessern.

Die Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen muss klarer gebündelt werden, sie muss besser identifiziert werden können und wir müssen überlegen, was wir noch tun können.

Wir fordern, dass die Erkenntnisse dieser Untersuchung auch in Hamburg aufgegriffen werden. Auch dies soll im Rahmen eines Landesaktionsplans geschehen.

Darüber hinaus brauchen wir eine erhöhte Aufmerksamkeit für Frauen in Risikosituationen. Gerade Frauen, die in Gewaltbeziehungen gelebt haben und sich dann trennen, sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer von Körperverletzungs- oder Tötungsdelikten zu werden.

Wir wissen inzwischen auch, dass die Drohungen, die Männer in solchen Situationen ausstoßen, absolut ernst zu nehmen sind.

Wir möchten erreichen, dass Frauen in solchen hochriskanten Situationen einen besseren Schutz erhalten. Wir möchten in Zukunft mehr Morde in solchen Trennungssituationen verhindern.

Genauso wissen wir, dass Frauen, deren Männer bereits häufiger durch eine Wegweisung aus der Wohnung geschickt wurden, weiterhin einem sehr hohen Gewaltisiko ausgesetzt sind bis hin zur Bedrohung von Leib und Leben.

Auch hier möchten wir erreichen, dass in diesen Situationen der Schutz intensiviert wird.

Wir schlagen konkret erneut vor, eine Lücke im Schutzsystem zu schließen. (Viele? Manche? Jedenfalls nicht alle) Frauen, deren Männer durch die Polizei weggewiesen wurden, nutzen die Zeit der Wegweisung, um auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes den Täter dauerhaft aus der Wohnung fern zu halten.

In Hamburg fehlt jedoch die Möglichkeit, dass zwischen den Wegweisungen und den nachfolgenden gerichtlichen Entscheidungen die Polizei sofort ein Kontakt- und Näherungsverbot aussprechen kann und zwar nicht nur für die Wohnung, sondern auch für den Arbeitsplatz und ggf. die Kita oder Schule, die die Kinder besuchen.

Hier könnte ganz konkret der Schutz verbessert werden und wir fordern den Hamburger Senat erneut auf, diese Lücke zu schließen.

Gewalt gegen Frauen wird nur aufhören, wenn patriarchale Vorstellungen überwunden werden. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck von Geringschätzung von Frauen.

Die beste Prävention ist daher eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen die gleiche Wertschätzung erhalten, deren Rechte gleichermaßen geachtet werden. So ist unsere Gesellschaft nicht.

Die Studie des Bundesfamilienministeriums beschreibt sehr deutlich, dass gerade in Situationen, in denen Frauen aus patriarchalen Rollenvorstellungen ausbrechen wollen, ihr individueller Weg zu mehr Freiheit von wachsender Gewalt ihrer Beziehungspartner begleitet werden kann.

Hier ist die ganze Gesellschaft gefordert, durch stärkere Betonung unserer gemeinsamen Grundwerte deutlich zu machen, dass Gewalt niemals akzeptiert wird.

Wir hoffen, dass die Beratungen im Ausschuss dazu beitragen werden, das Hamburger Hilfesystem zu verbessern. Sie hätten schon vor einem Jahr die Gelegenheit gehabt, auf der Grundlage der Großen Anfragen von SPD und DIE LINKE darüber zu diskutieren, das haben sie damals abgelehnt. Die Debatte heute zeigt, dass alle Fraktionen hier Handlungsbedarf sehen, das freut uns.

Es ist mehr als angemessen, wenn Gewalt gegen Frauen in unserer parlamentarischen Arbeit den hohen Stellenwert erhält, der erforderlich ist, um diese Gewalt zu bekämpfen. Vielen Dank.